



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 26. Sitzung des Stadtrates vom
30.10.2007

Anwesend:

siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:

Josef Weiland

(Erw. der Tagesordnung und TOP 5.1)

Bürgermeister Richard Borgmann

(TOP 1-5 und 6-11)

Zu der Sitzung war unter Mitteilung der Tagesordnung am 19.10.2007 eingeladen worden. In der Sitzung wurde eine ergänzende Sitzungsvorlage zu TOP 9) Sanierung eines Wirtschaftsweges in der Bauernschaft Leversum, hier: Auftragsvergabe, verteilt.

Die Sitzung fand im Kapitelsaal der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Stadtrat beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Erweiterung der Tagesordnung um TOP 5.1:

Zur Erweiterung der Tagesordnung und zu TOP 5.1) Bürger gegen Schließungspläne des St. Marien-Hospitals Lüdinghausen, hier: Bürgerantrag vom 28.10.2007, wurden in der Sitzung Tischvorlagen verteilt.

Bürgermeister Borgmann, Stv. Schlütermann und Stv. Dr. Waldt erklären sich bei Aufruf dieses Beratungsgegenstandes für befangen und nehmen in den Zuschauerrängen platz. Den Vorsitz übernimmt der stellv. Bürgermeister Josef Weiland.

Beschluss (Antrag der CDU-Fraktion eingebracht vom Stv. Schweer):

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen.

- einstimmig -

Daraufhin erfolgt eine Unterbrechung der Sitzung von 17.05 Uhr bis 17.15 Uhr.

Beschluss:

Die Tagesordnung im öffentlichen Teil wird um

TOP 5.1) Bürger gegen Schließungspläne des St. Marienhospitals Lüdinghausen
hier: Bürgerantrag vom 28.10.2007

erweitert.

- einstimmig -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eintragung des St. Antonius-Gymnasium-Erweiterungsbaus sowie der Gartenanlage und einen Teil der Klostermauer als Baudenkmal in die Denkmalliste der Stadt Lüdinghausen
Vorlage: FB 3/685/2007
2. Festlegung der maximalen Zügigkeit für die Grundschulen
Vorlage: FB 4/114/2007
3. Aufhebung der "Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die öffentlichen Grundschulen der Stadt Lüdinghausen vom 18. Juni 1999"
Vorlage: FB 4/115/2007
4. Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit"
Vorlage: FB 4/117/2007
5. Schulorganisatorische Maßnahmen im Grundschulbereich
Vorlage: FB 4/116/2007
- 5.1. Bürger gegen Schließungspläne des St. Marien-Hospitals Lüdinghausen
hier: Bürgerantrag vom 28.10.2007
Vorlage: D II/011/2007
6. Berichte
7. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

8. Offene Ganztagsgrundschule Lüdinghausen, alte Ostwallschule, Mühlenstraße 52, 59348 Lüdinghausen ;
hier: Auftragsvergabe über die Trockenbauarbeiten
Vorlage: FB 2/179/2007
9. Sanierung eines Wirtschaftsweges in der Bauerschaft Leversum
hier: Auftragsvergabe
Vorlage: FB 3/692/2007
Vorlage: FB 3/692/2007/1
10. Berichte
11. Anfragen

Öffentlicher Teil:

- TOP 1) Eintragung des St. Antonius-Gymnasium-Erweiterungsbaus sowie der Gartenanlage und einen Teil der Klostermauer als Baudenkmal in die Denkmalliste der Stadt Lüdinghausen
Vorlage: FB 3/685/2007**

Den Vorsitz übernimmt Bürgermeister Richard Borgmann.

Stadtverordneter Benker erläutert, dass seine Aussage in der Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr am 13.09.2007 zu diesem Tagesordnungspunkt nicht richtig wiedergegeben sei. Nach seiner Erinnerung habe er folgendes ausgeführt: „Stv. Benker wies darauf hin, dass durch die beabsichtigte Unterschutzstellung eines Teiles der Klostermauer die Interessen des Wasser- und Bodenverbandes (Träger des im fraglichen Bereich verlaufenden „Hesselmannggrabens“) tangiert werden. Er forderte, dass die Unterhaltungs- und Erneuerungslast für das Mauerteilstück - das zweifelsfrei zum Gesamtkomplex (Garten-/Parkbereich) des früheren St. Antonius-Klosters gehöre und heute den Standort der städt. Sporthalle abgrenze - ausschließlich der Stadt zufallen müsse.“ Er bittet darum, diese Richtigstellung in der nächsten Bauausschusssitzung bekannt zu geben und dieses als Anhang im Protokoll dieser ABV-Sitzung bei zu fügen. Ebenfalls sollte die heutige Mitteilung ins Protokoll aufgenommen werden.

Stv. Wippich fragt nach, wie hoch der Aufwand zu beziffern sei, den die Stadt für die Erhaltung der Klostermauer zu zahlen habe. Er bezieht sich auf die Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr vom 05.12.2006. Danach habe die Verwaltung für drei verschiedene Möglichkeiten die Kosten aufgezeigt.

1. Entfernen des Bewuchses und Sanieren der Mauer durch die Erneuerung der Pfeiler und Mauerabdeckung, Putzen der Mauerinnenseiten, Gesamtkosten ca. 130.000,00 €
2. Entfernen des Bewuchses und Abriss der Mauer, die Böschung anarbeiten und Pflanzen einer Hecke (Folgekosten durch Pflegeaufwand), Gesamtkosten ca. 20.000,00 €
3. Entfernen des Bewuchses und Abriss der Mauer, die Böschung anarbeiten und Errichten eines ca. 2 m hohen Stahlgitterzaunes, Efeubepflanzung ergänzen, Zaun bewachsen lassen, Gesamtkosten ca. 40.000,00 €

Herr Bertels erläutert, dass die Unterschutzstellung Voraussetzung für einen Fördermittelantrag sein würde. Falls eine Förderung ausgesprochen würde, könnten 20-40 % der Fördersumme als Zuschuss gewährt werden.

Stadtverordneter Wippich spricht sich dafür aus, die Klostermauer aus dem Gesamtpaket des zur Unterschutzstellung vorgesehenen Gesamtkomplexes heraus zu nehmen.

Beschluss (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgetragen vom Stv. Wippich):

Der Rat beschließt, den Erweiterungsbau des St. Antonius Gymnasiums sowie die Garten/Parkanlage (ohne die Klostermauer) laut beigefügter Übersichtskarte, Gemarkung Lüdinghausen Stadt, Flur 28, Flurstücke 18, 20, 21 gem. § 3 des Denkmalschutzgesetzes NW als Baudenkmäler in die Denkmalliste der Stadt Lüdinghausen nachzutragen.

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	20
Enthaltungen:	9

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt, den Erweiterungsbau des St. Antonius-Gymnasiums sowie die Garten-/Parkanlage und einen Teil der Klostermauer lt. beigefügter Übersichtskarte, Gemarkung Lüdinghausen-Stadt, Flur 28, Flurstücke 18, 20, 21 gem. § 3 des Denkmalschutzgesetzes NW als Baudenkmäler in die Denkmalliste der Stadt Lüdinghausen nachzutragen.

Ja-Stimmen:	22
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	11

TOP 2) Festlegung der maximalen Zügigkeit für die Grundschulen
Vorlage: FB 4/114/2007

Beschluss:

Die maximale Aufnahmekapazität für die Lüdinghauser Grundschulen wird wie folgt festgelegt:

Ostwallgrundschule	4zünftig	(maximal aufzunehmende Schülerzahl: 120)
Mariengrundschule	3zünftig	(maximal aufzunehmende Schülerzahl: 90)
Ludgerigrundschule/ Paul-Gerhardt-Grundschule	4zünftig	(maximal aufzunehmende Schülerzahl: 120)

Die Verwaltung soll in begründeten Einzelfällen einen weiteren Zug zulassen können.

- einstimmig -

TOP 3) Aufhebung der "Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die öffentlichen Grundschulen der Stadt Lüdinghausen vom 18. Juni 1999"
Vorlage: FB 4/115/2007

Beschluss:

Die Aufhebung der Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die öffentlichen Schulen der Stadt Lüdinghausen vom 18. Juni 1999“ wird beschlossen.

- einstimmig -

TOP 4) Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit"
Vorlage: FB 4/117/2007

Stv. Weiland erklärt, dass die im Landesfond enthaltenen Mittel nochmals von 10 Millionen € auf 13,5 Millionen € aufgestockt worden seien. Allerdings sei nicht nachvollziehbar, welcher hoher Bürokratieaufwand durch diese Maßnahme verursacht würde. Dennoch würde dadurch die Entwicklung der Kinder positiv beeinflusst. Für den Stv. Wippich sind die Entstehung der Gesamtkosten und die Zuschüsse Dritter, die in der Sitzungsvorlage aufgeführt sind, nicht nachvollziehbar. Beigeordneter Dr. Scheipers erläutert, dass er die detaillierte Aufschlüsselung der Beiträge nachreichen würde.

Beschluss:

Die Stadt Lüdinghausen nimmt an dem Programm des Landes NRW Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ teil.

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Zuwendungsanträge zu stellen.

- einstimmig -

TOP 5) Schulorganisatorische Maßnahmen im Grundschulbereich
Vorlage: FB 4/116/2007

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lüdinghausen beschließt die Auflösung der Paul-Gerhardt-Schule-Gemeinschaftsgrundschule (Paul-Gerhardt-Schule) zum 01.08.2008 in der Weise, dass ab diesem Zeitpunkt keine Eingangsklassen an dieser Schule mehr gebildet werden. Die zum 01.08.2008 noch bestehenden Klassen – Jahrgänge 2 bis 4 – sollen an dem bisherigen Schulstandort weitergeführt werden. Sofern dies pädagogisch, schulorganisatorisch und schulrechtlich möglich und vertretbar ist, soll mit Zustimmung der Schulkonferenzen der Paul-Gerhardt-Schule und der Ludgerische–Kath. Bekenntnisschule (Ludgerische) bereits zu einem früheren Zeitpunkt eine Eingliederung der Klassen in die Ludgerische ermöglicht werden.

- einstimmig -

TOP 5.1) Bürger gegen Schließungspläne des St. Marien-Hospitals Lüdinghausen
hier: Bürgerantrag vom 28.10.2007
Vorlage: D II/011/2007

Bürgermeister Borgmann, Stv. Schlütermann und Dr. Waldt erklären sich befangen und nehmen im Zuhörerraum platz. Den Vorsitz übernimmt der stellv. Bürgermeister Weiland.

Stv. Weiland erinnert an die Ratssitzung vom 23.10.2007, als dieser Tagesordnungspunkt ebenfalls zur Beratung anstand und an die zurückliegenden Informationsveranstaltungen. Er verdeutlicht, dass in umfangreichem Maße Informationen geflossen seien. Aus diesem Grund sei er über den jetzt vorliegenden Bürgerantrag überrascht, nehme ihn allerdings sehr ernst.

Beigeordneter Dr. Scheipers fasst das Schreiben der Bürger gegen Schließungspläne zusammen und verdeutlicht, dass die Antragssteller das Ziel verfolgen, bei dem zuständigen Minister eine angemessene Verlängerung der Frist zu erwirken. Hierfür würden rechtsstaatliche Gründe angeführt. Er verdeutlicht, dass aus Sicht der Verwaltung keine Veränderung der Situation gegenüber der für die Stellungnahme der Stadt maßgeblichen Resolution vom 23.10.2007 eingetreten sei und daher auch keine Veranlassung für eine Verlängerung bestehen würde. Es gäbe keine Handlungsalternativen. Die Sammlung von über 7.000 Unterschriften für den Erhalt der Krankenhausabteilung werde zwar sehr ernst genommen, doch sei das ein anderes Thema, das mit dem Bürgerantrag nichts zu tun habe.

Für Stv. Schwer sind die Begründungen des Bürgerantrages nicht nachvollziehbar. Immerhin habe es mehrere Informationsveranstaltungen und auch eine Ratssitzung am 23.10.2007 gegeben. Auch habe das Kuratorium die Ärzte in Lüdinghausen zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Für ihn gebe es keine Veranlassung, die Frist im Anhörungsverfahren zu verlängern.

Stv. Kehl betont, dass die bisher gegebenen Informationen offenbar noch nicht ausreichen oder ein Informationsdefizit bestehen würde. Nach seiner Ansicht sei die Intention des Bürgerantrages entscheidend, dass die Bürger mit der Entscheidung nicht einverstanden seien.

Stv. Mönning äußert sein Bedauern dahingehend, dass die Antragssteller nicht die Möglichkeit zur Information wahrgenommen hätten. Zudem bestünde nach seiner Ansicht kein Grund für eine Fristverlängerung. Im Hinblick auf die Begründung des Bürgerantrages ist er der Meinung, dass ein Votum des neuen Pfarrers keine andere Entscheidung in der Sache herbeiführen würde. Abschließend weist er darauf hin, dass der Rat nicht Entscheidungsträger im Verfahren sei.

Auch Stv. Schwarzenberg verweist hierauf. Neben der fehlenden Entscheidungskompetenz des Rates sollte der Verfahrensgang nicht unnötig in die Länge gezogen werden und die Leistungsfähigkeit des Krankenhauses nicht gefährdet werden.

Stv. Suttrup äußert sich verwundert darüber, dass eine Mitinitiatorin die niedergelassenen Ärzte, zum Boykott einer vom Krankenhauskuratorium veranlassten Informationsveranstaltung aufgerufen hätte. Abschließend weist Beigeordneter Dr. Scheipers darauf hin, dass die gewünschte Fristverlängerung einen sachlichen Widerspruch zu dem Resolutionsbeschluss des Rates vom 23.10.2007 darstellen würde.

Beschluss:

Der Rat verweist auf den in der Sitzung am 23.10.2007 gefassten Resolutionsbeschluss, der Grundlage der Stellungnahme gegenüber dem für den Krankenhausplan zuständigen Ministerium ist.

- einstimmig -

TOP 6) Berichte

- Fehlanzeige -

TOP 7) Anfragen

a) Stv. Kehl fragt zum Sachstand bez. der Straßenschäden an der Straße "Alter Berg". Herr Bertels erläutert in der nächsten ABV-Sitzung am 06.12.2007 Alternativen zur Schadensbehebung aufzeigen zu wollen und danach ggf. Mittel in den Haushalt 2008 einzustellen.

b) Stv. Kehl fragt an, inwieweit die Bewohner des Bereiches "Alte Heide" Interesse an einer Hinterlandbebauung durch die Anlieger haben würden. Herr Bertels erläutert, dass in Teilen Gespräche mit den Anliegern geführt worden seien und bis Mitte Dezember 2007 aufgezeigt würde, wie diese Gespräche im Ergebnis verlaufen seien.

- c) Stv. Friedenstab erläutert, heute der Presse entnommen zu haben, dass ein Widerspruch im Verwaltungsverfahren zukünftig nicht mehr angewandt werden würde. Er verdeutlicht, dass die Gesetzesänderung nach seiner Ansicht bürgerunfreundlich sei. Er fragt an, ob die Verwaltung geprüft habe, wie viel durch diese Gesetzesänderung einzusparen sei. Bürgermeister Borgmann erklärt, dass die Verwaltung bereits vor einigen Wochen eine umfassende Information für die Bürger in der Presse veröffentlicht habe. Darin habe die Verwaltung den Bürger gebeten, auftretende Unstimmigkeiten mit dem Sachbearbeiter vor Ort zu besprechen. Aus seiner Sicht trage die Stadtverwaltung sehr wohl zu einer bürgerfreundlichen Verwaltung bei.
- d) Stv. Mönning erläutert, dass sich einige Eltern den schlechten Zustand des Schulpavillons des St. Antonius-Gymnasiums angesehen hätten. Er fragt an, ob bereits ein Untersuchungsergebnis für diese Pavillons vorliegen würde. Beigeordneter Dr. Scheipers erläutert, dass die Werte für die Schulpavillons des St. Antonius-Gymnasiums einwandfrei seien. Für Stv. Mönning ist es unverständlich, dass baulich einwandfreie Pavillons abgerissen werden sollen und Pavillons, die sich in einem weitaus schlechteren Zustand befinden, weiterhin bestehen bleiben sollen. Bürgermeister Borgmann erinnert daran, dass einige Pavillons umfangreich aufgearbeitet worden seien. Allerdings bleibe es das Ziel nach Wegen zu finden, generell auf Pavillons zu verzichten.

Abschließend überreicht Bürgermeister Borgmann der Stv. Schäper einen Blumenstrauß anlässlich ihres zurückliegenden Geburtstages am 23.10.2007 und wünscht nachträglich alles Gute.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 18.10 Uhr geschlossen.

Bürgermeister Richard Borgmann
Vorsitzender TOP 1-5 und 6-11

Matthias Kortendieck
Schriftführer

Josef Weiland
Vorsitzender Erw. der Tagesordnung und TOP 5.1

Anwesenheitsliste

zur 26. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Lüdinghausen am 30.10.2007

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	außer Erweiterung der Tagesordnung und TOP 5.1 Vorsitz bei TOP 1 - 5 und TOP 6 - 11
------------------------------------	--

CDU-Fraktion

Benker, Siegbert	
Frieling, Otto	
Grube, Franz Hermann	
Holz, Anton	
Horstmann, Heinrich	
Kasberg, Bertholt	
Lütke Scharmann, Margret	
Schäper, Gabriele	
Schlütermann, Christoph	außer Erweiterung der Tagesordnung und TOP 5.1
Schmidt, Knut	ab TOP 5.1
Schnittker, Alois	
Schulze Uphoff, Theo	
Schweer, Wolfgang	
Schwersmann, Margret	
Schwittek, Thomas	
Suttrup, Thomas	
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	außer Erweiterung der Tagesordnung und TOP 5.1
Weiland, Josef	Vorsitz bei Erweiterung der Tagesordnung und TOP 5.1

SPD-Fraktion

Breuer, Herbert	
Friedenstab, Artur	
Kehl, Markus	
Keppers, Erhard	
Kleyboldt, Josephine	
Schulte-Ladbeck, Gerhard	
Spiekermann-Blankertz, Michael	
Voß, Sandra	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Grundmann, Eckart	
Meyer zum Alten Borgloh, Gertrud	
Möller, Norbert	
Mönning, Peter	
Wippich, Rainer	

FDP-Fraktion

Reismann, Günter	
Schwarzenberg, Heribert	
Zanirato, Enrico	

von der Verwaltung

Bertels, Heinz-Jürgen	
Kortendieck, Matthias	
Scheipers, Ansgar Dr.	

Entschuldigt:**CDU-Fraktion**

Krückendorf, Christoph	
Lorenz, August Bernhard	